

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
2 (1888)**

5 (11.1.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-189664](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-189664)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Abonnement:
prämienfrei ins Haus:
vierteljährlich . . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . . . 1 „ „
für 1 Monat . . . 50 „
expl. Postbestellgeld.

Redaktion und Expedition: F. Kühn, Bant.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die vierseitige Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Eine Sozialreform, ohne selbständige Mitwirkung der Arbeiter,

muß von vorne herein als eine verfehlte bezeichnet werden. Zu Beginn der sogenannten Reform-Ära erkannte die Regierung dieses selbst. In der ersten Vorlage des Unfallversicherungsgesetzes hatte die Regierung selbst neben der Berufsgenossenschaft der Unternehmer die Einrichtung eines Arbeiter-Ausschusses ins Auge gefaßt. In der späteren zum Gesetz gewordenen Vorlage ist der Arbeiter-Ausschuß ganz fallen gelassen. Nur beim Schiedsgericht und im Reichsversicherungsamt sind einzelne Beisitzer aus den Arbeiterkreisen, die aber nur von den Vorständen der Zwangs-Krankenkassen ernannt worden. Ausgeschlossen sind vollständig die freien Hilfskassen. Wir haben nun bereits vor einigen Tagen die Mitteilung von der Maßregelung der beim Reichsversicherungsamt vertretenen Arbeiter gebracht. Dasselbe zählt zwei Arbeitervertreter als Mitglieder und vier als Stellvertreter derselben. Dieses geringe Maß der Arbeitervertretung, die selbst doch nur eine Scheinbare ist, da sie nicht, wie die Vertreter der Unternehmer, eine selbständig organisierte Berufsgenossenschaft hinter sich hat, erscheint aber bereits den Unternehmern zu viel und so ging denn vor kurzem die Maßricht von der Maßregelung der Arbeitervertreter durch ihre Arbeitgeber durch die Presse.

Erst jetzt kommt ein sogenanntes „Dementi“ durch die „Nord. Allg. Ztg.“ Sie schreibt mit hochhoffizösen Lettern, wie folgt: „Einige Arbeitgeber haben allerdings den Arbeitervertretern gegenüber bei ihrem Besuche um Urlaubsbewilligung behufs Teilnahme an den Spruchsitzen des Reichsversicherungsamts darüber Klage geführt, daß deren Abwesenheit dem Geschäft großen Schaden bringe, und die Klage näher begründet. Es wurde indessen nur zwei Arbeitervertretern die Wahl gestellt, entweder ihr Amt als nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts niederzulegen, oder aus ihrer Stellung in dem Geschäft auszuscheiden.“ So das Kanzlerblatt und darnach nichts mehr.

Es ist kaum nötig zu sagen, daß dieses sogenannte „Dementi“ die von uns gebrachte Nachricht dem Weizen der Sache noch nicht beseitigt, sondern bestärkt. Nicht auf die, etwas mildere oder etwas schroffere Form, in welcher die betreffenden Arbeitgeber ihren unmoralischen Druck ausüben haben, kommt es irgendwo an, denn die Absicht wie die Wirkung ist in dem einen, wie in dem anderen Falle die gleiche, und man kann denjenigen Arbeitgebern, welche sich mit einer „Klage“ begnügt haben und nicht gleich zu einer Kündigung geschritten sind, höchstens den Vorzug einer gewandteren Deuterei, aber keineswegs einer höheren Sittlichkeit zugestehen. Um was es sich bei der ganzen Sache handelte, war die ungewöhnliche Thatsache, daß Arbeitgeber die Abhängigkeit des Arbeiters, die Fessel des Hungers, dazu brauchen, die ihnen ohnehin schon so äußerst spärlich zugewiesene Teilnahme an der praktischen Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes gänzlich zu verflummern.

Die Thatsache selbst verwundert uns gar nicht. Sie ist die notwendige Folge davon, daß man die Unternehmer-Verbände zu angeblichen Vertretern der Arbeiterinteressen macht. Hätte die Regierung bei dem in der ersten Vorlage vorgeschlagenen Arbeiter-Ausschuß beharrt, dann wäre jede Maßregelung seitens der Arbeitgeber ein Schlag ins Wasser gewesen. Die Arbeiter hätten selbst ihre Vertreter zu wählen gewußt.

Je geringer der Einfluß der Arbeiter ist, um so schwieriger ist es, auch nur die geringste Reform einzuführen, welche nur irgendwie den Interessen der Unternehmer widerstrebt, und immer mehr konzentriren sich diese Interessen in den Vertretern der Groß-Industrie. Diese haben heute ein härteres Votum als unbeschränkter Macht gegenüber ihren Arbeitern als es die Feudalen zur Zeit ihrer Herrschaft hatten. So äußert sich Prof. Lujo Brentano in seiner Schilderung der heutigen Großbourgeoisie, welche einen so entscheidenden Einfluß auf unsere Sozialgesetzgebung ausübt, in folgender Weise:

„Während die Monarchistische Gleichberechtigung der Arbeiter, wenigstens theoretisch auftrat, erhält, ist das autoritäre Gefühl der persönlichen Würde und Macht bei dieser Richtung so außerordentlich ausgebildet, daß bei jener Gleichberechtigung sogar in thesi verweist. Die deutsche Gewerbeordnung, welche die Gleichberechtigung statuiert hat, erscheint als revolutionär. Jeden Versuch der Arbeiter, bei Festsetzung der Bedingungen des

Arbeitervertrags mitzureden, betrachtet sie als unverschämte Anmaßung. In der Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit, welche die Unabhängigkeit der Arbeiter zu wahren und zu verwirklichen geeignet sind, sieht sie Verwirrungen einer zügellosen demokratischen Richtung. Wo sie wirkliche Schäden anerkennt, ist sie viel eher geneigt, auf dem Wege der Freizügigkeit, des Gesenkens, etwas zu thun und damit die Unverletzlichkeit der wirtschaftlichen Machtphäre für sich aufrecht zu erhalten, als auf Reformen, welche das Prinzip der freien Verfügung, wenn auch nur unbedeutend, einengen, einzugehen.

Dagegen ist sie lebhaft für den Arbeiterversicherungszwang, besonders für die Errichtung von Zwangskassen in Verbindung mit den Betrieben der einzelnen Arbeitgeber, und für jede andere Art von Einrichtungen, welche die Arbeiter von den Arbeitgebern abhängiger machen, um auf diese Weise die Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit möglichst zu paralysieren und die Arbeiter in der alten Unterwürfigkeit unter der Herrschaft der Arbeitgeber zu erhalten oder sie aus neue hineinzubringen. Um zusammen zu fassen: nicht die Nachhilfe, welche die moderne industrielle Entwicklung der Arbeiterklasse vielfach gebracht hat, ihre Noth und thatfällige Abhängigkeit vom Arbeitgeber, sondern die Vorzüge dieser Entwicklung, die Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitern und Arbeitgebern, die sie in der Gesetzgebung mit sich brachte, sind dieser Richtung Gegenstand des Entsetzens. Als ihre Ideal erscheint, wie man selbst gelegentlich sagt, die Uebertragung der für das Verhältnis zwischen dem Höheren und dem Grundherrn zur Feudalität herrschenden Ordnung auf die Industrie.“

Solchen Vertreibungen gegenüber, die noch durch die Gesetzgebung gefördert werden, haben die Arbeiter allerdings auf der Hut zu sein, und ihre Rechte zu verteidigen. Wahrung des Koalitionsrechts, Sorge für Ausbau der freien Hilfskassen, Gründung von Arbeiter-, Fach- und Unterstützungvereinen muß den Arbeitern deshalb heute mehr als je angelegen sein, denn nur dadurch bilden sie einen Damm gegen die ungewöhnlichen gegnerischen Angriffe, daß sie sich nicht wie ein Sprenghaus vertheben lassen. Die Regierung selbst wird über kurz und lang genöthigt sein, der grenzenlosen Anmaßlichkeit sowohl der Agrarier als der Groß-Industriellen Widerstand zu leisten.

Tagesbericht.

— Eine alte Freundschaft. Von Tag zu Tag übermächtiger wird die nationalliberale Partei und besonders die „Nationalzeitung“ von der „Kreuzzeitung“ behandelt. Insbesondere hat es die Nationalliberalen verbrochen, daß die „Kreuzzeitung“ die Kartellpolitik als eine konföderativ-nationale, nicht als eine konföderativ-liberale bezeichnete. Hiergegen bemerkt die „Kreuzztg.“: „Wenn die Regierung sich nicht aus vom Liberalismus losgelöst hätte, wie wäre es dann zu erklären, daß die veränderten Regierungen dem Reichstage Vorlagen zugehen lassen, deren Annahme nur dem konföderativen Standpunkte möglich scheint. Ein „Sport“ soll damit doch wohl nicht getrieben werden; um die ernsthaftesten Dinge von der Welt handelt es sich vielmehr und hierzu wird auf die Unterstützung der Nationalliberalen gerechnet, weil man ihnen noch immer zugetraut, daß sie sich nicht an ihre alten Forderungen gebunden halten, sondern den praktischen Erfordernissen der Lage Rechnung tragen werden. Das aber heißt konföderative Politik treiben, nicht liberale.“

— Ueber den internationalen Arbeiterkongress, welcher im Laufe dieses Jahres zusammenzutreten soll, sind in der Presse die widersprechendsten, zum Theil albernsten Nachrichten verbreitet worden. Zunächst handelt es sich, wie wir wiederholt bereits hervorhoben, gar nicht um einen sozialistischen Kongress. Wohl ist der Beschluß zur Abhaltung des Kongresses auf dem sozialdemokratischen Parteitag in St. Gallen gefaßt worden, allein sowohl der Beschluß, als auch der bezügliche Antrag und die an ihn sich knüpfende Diskussion schrieben dem geplanten Kongress eine ganz bestimmte, scharf umgrenzte Aufgabe zu, nämlich die internationale Regelung der Fabrik- und Arbeitergesetzgebung anzubahnen. Und es herrschte auch Einstimmigkeit darüber, daß der Kongress, um seinen Zweck zu erfüllen, keinen Parteicharakter tragen dürfe. Alle Arbeiterorganisationen ohne Unterschied sind oder

werden zu dem Kongress eingeladen, der den katholischen und Marx'schen Vereinen ebenso gut offen stehen wird, wie den englischen und amerikanischen Trades-unions, den „Mittlern der Arbeit“, den freien Gewerkschaftsorganisationen der übrigen Länder, kurz, allen bona fide Arbeiterorganisationen der Welt ohne Unterschied der Nationalität, der Parteistellung und der Ziele. Es ist das beiläufig eine Lebensbedingung des Kongresses, der sonst seiner Aufgabe nicht gerecht werden kann. Und darum sind die journalistischen Schnüßler arg auf dem Holzweg, welche da vermuten, die „praktische“ und „gemäßigte“ Tagesordnung sei bloß ein Ausschüßel, bloß ein Ledergel, um die nicht sozialistischen Arbeiterorganisationen in das sozialistische Netz zu locken. Wäre dem wirklich so, dann würde es am ersten Tage auf dem Kongress zu einer Spaltung kommen. Oder glaubt man, die großen englischen und amerikanischen Arbeiterorganisationen würden sich von den deutschen Sozialdemokraten ins Schlepptau nehmen lassen? Wer das glaubt, kennt diese Organisationen sehr schlecht. Nein — der Kongress wird entweder sein Programm genau einhalten und sich streng an seine Aufgabe beschränken, oder er wird ein Mißerfolg sein. „Warum aber haben die deutschen Sozialdemokraten die Sache in die Hand genommen? Das ist verächtlich!“ meint einer der Schnüßler. Je nun, wir sind nicht in der Lage, den Menschen ins Herz zu sehen, allein so viel steht fest: Jemand mußte die Sache in die Hand nehmen und den Anstoß geben. Und da die Deutsche Regierung es verweigert hat, der Einladung der Schweiz zu folgen und sich an Schritten zur internationalen Regelung der Fabrik- und Arbeitergesetze zu beteiligen, so war es ganz natürlich, daß die Arbeiter und Arbeitervertreter die Sache in die Hand nahmen. Vielleicht erstandigt sich der betreffende Schnüßler, warum die deutsche Regierung in dieser so hochwichtigen Angelegenheit nichts hat thun wollen. — Eine schwere Arbeit ist's freilich, einen internationalen Kongress zu Stande zu bringen, der auch wirklich den Namen verdient und die nötige Autorität hat. Inwiefern sind die Vorbereitungen im besten Zug und alles verpricht ein volles Gelingen.

— Das Sozialistengesetz und die Nationalliberalen. Wenn der Berg nicht zu Mahomed kommt, so kommt Mahomed befallentlich zum Berge. Wie tapfer geberdete sich noch in der Weihnachtswoche die nationalliberale Presse gegenüber dem Anfinnen der Regierung, das Sozialistengesetz zu verschärfen. Wie bitter beschwerte man sich darüber, daß derart unannehmbare Gesetze eingebracht würden ohne vorherige Verhandlung mit den maßgebenden parlamentarischen Parteien! Die Regierung ließ sich dadurch nicht im mindesten beirren. Die „Konferenz-Korresp.“ machte den Nationalliberalen noch in den letzten Tagen bemerkl, daß sie einfach Ordnung zu pariren hätten. Wozu sei denn anders das Kartell geschlossen worden, als um konervative Politik zu treiben. Den Liberalismus müßten die Nationalliberalen gefälligst als „Hachmeining“ ein für alle Mal dem Staatswohl, d. h. dem Willen des Kanzlers unterwerfen.

Der Bundesrath hat denn auch das Sozialistengesetz angenommen, es aber dem Reichstag noch nicht unterbreitet, und schon befinden sich die Nationalliberalen in vollem Rückzuge. Sie kennen die Motive des neuen Sozialistengesetzes noch nicht einmal, aber sie beginnen schon, sich mit den Bestimmungen desselben zu befremden. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ unterscheidet in einem Artikel, welcher dieses bekundet, zunächst zwischen der Dauer des neuen Gesetzes und den verschärfenden Bestimmungen desselben. Allerdings hätten die Nationalliberalen früher das Sozialistengesetz zweimal nur auf zwei oder drei Jahre bewilligt, indessen, da man einmal die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre beantragt habe, so sei unter diesem Gesichtspunkt auch eine verschiedene Beurtheilung der Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf Jahre gestattet und könne, die Frage, ob zwei, ob drei, ob fünf Jahre, eine prinzipielle Bedeutung überhaupt nicht haben. Wäre dieses richtig, dann erübrigt der nationalliberale Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode um so vermehrter. Es wird hier geradezu die Konsequenz gezogen, daß die Verlängerung eine Machtverhäufung der Regierung sein soll.

Weiterhin bemerkt die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß für die Zeitdauer alles darauf ankomme, daß das Gesetz seinem wahren Sinne gemäß gehandhabt würde. Unter diesem Gesichtspunkt sei die Zeitdauer eine politische Vertrauensfrage, die je nach der verschiedenen Lage verschieden beurtheilt werden

laun. — Wenn die Nationalliberalen erst einmal dahin gekommen sind, etwas für eine politische Vertrauensfrage zu erklären, so ist dies mit einer Annahmeerklärung gleichbedeutend. Die Nationalliberalen werden doch nicht etwa ein Vertrauensvotum für Herrn v. Puttkamer ablehnen? Andere Leute haben freilich gefanden, daß das Sozialistengesetz schon jetzt nicht in seinem wahren Sinne gehandhabt wird. Den Nationalliberalen aber sind solche Strupel auch während der letzten Praxis des Sozialistengesetzes niemals aufgefallen. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes für fünf Jahre wird also von den Nationalliberalen schon jetzt ohne weiteres zugestanden.

Was Johann die neuen oder verschärften Bestimmungen in dem Sozialistengesetz betrifft, so giebt die „Nat. Korresp.“ dazu die nachfolgende charakteristische Erklärung ab:

„Von weit principiellestem Gewicht ist, als die Zeitdauer wäre die in Aussicht gestellte Verschärfung der Ausweisungsbefugnis. Diese Befugnis ist ohne diejenige, die in dem Gesetze enthaltenen Waffe, welche am schwersten verwundet, und deren Unentbehrlichkeit am meisten zu beklagen ist. Freilich hat man oft genug mit Recht gesagt: will man überhaupt Ausnahmemassregeln, so muß man sie auch in wirksamer Schärfe wollen; stumpfe Waffen sind in diesem Falle die gefährlichsten von allen. Und es läßt sich ja die Möglichkeit leicht konstatieren, daß die Ausweisung eines gefährlichen Agitatoren aus einem einzelnen Tätigkeitsbezirke von ungerechter Wirksamkeit sein kann, wenn demselben gestattet ist, sich nach freier Wahl einen andern geeigneten Ort für seine revolutionäre Thätigkeit zu suchen. Andererseits aber ist die Berechtigung des Staates, einzelne seiner Angehörigen aus seinem ganzen Gebiete auszuweisen, denn doch den stärksten Zwecken zu unterliegen. Sehr auffallend ist, daß das Ausweisungsmittel der Internierung in bestimmte Bezirke in diesem Zusammenhang nicht in Erwägung gezogen zu sein scheint. Ueberhaupt aber wird eine Begründung der Nothwendigkeit der exorbitanten Ausdehnung der Ausweisungsbefugnis bei zur Ausweisung aus dem ganzen Reichsgebiet bisher so sehr vernünft, daß eine eingehendere Diskussion der Sache kaum möglich ist.“

Aus dieser gewandten Erklärung geht hervor, daß man von nationalliberaler Seite schließlich auch der Expatrirung, der Ausweisung aus dem gesammten deutschen Reich zustimmen wird. Man bringt das offizielle Organ der Nationalliberalen noch ein neues Ausweisungsmittel in Vorschlag, den der Internierung. Man brauche also Sozialdemokraten nicht aus dem Reich auszuweisen, sondern ihren Aufenthalt nur auf einen bestimmten Bezirk zu beschränken, vielleicht auf Preußen, oder die Halbinsel Helg oder andere kleine Örgenden. Dort braucht nur noch ein wenig lokale Hölle hinzukommen und man kann sicher sein, daß die Internierten sich von selbst expatriiren, d. h. sich aus dem Reich entfernen. Wahrscheinlich die Nationalliberalen gehen noch weit über die ärgste Reaktion hinaus; wo dies noch offen und ehrlich verläßt, da fügen die Nationalliberalen ihren giftigen gleichgerichteten Speichel hinzu. Aber — ihren Subtilitäten entgegen sie doch nicht.

Zur Frage des Arbeitsbuches geht durch einen Theil der deutschen Presse ein Aufruf an alle deutschen Arbeiter, der sich in folgenden Worten

gegen den Versuch wendet, mit der Altersversorgung zugleich das Arbeitsbuch einzuführen. Die geplanten Leisnngsbücher könnten und würden zu Keuschungen benutzt werden.

Dann heißt es wörtlich weiter:

Arbeiter, Freunde!

Für eine ganz unerhebliche, nicht nur ungenügende Alters- und Invalidenversorgung, die neunjährige Zwanzigjahrigkeit von uns nicht benutzt werden können, sollen wir alle ein solches Arbeitsbuch auf uns nehmen? Da müssen wir alle geschlichen Mittel einsehen, um diese schwere Schädigung des ganzen Arbeiterstandes zu verhindern.

Ich, ein einfacher Arbeiter wie ihr, bin von meinen Genossen und Kameraden, den Magdeburger Bauhandwerkern, beauftragt, mich an euch zu wenden, damit ihr alle mit uns eure Stimmen erhebt und einmüthig, laut und verständlich ruft:

Wir wollen kein Arbeitsbuch!

Wir verzichten lieber auf die geringfügige Alters- und Invalidenversorgung, als daß wir sie mit dem Arbeitsbuch annehmen.

Wir müssen uns mit dieser Forderung an den Reichstag wenden und versuchen, ob wir da Gehör finden. Um Allen die Sache zu erleichtern, habe ich im Auftrage der Magdeburger Bauhandwerker ein Flugblatt, eine Petition und die nöthigen Unterschriftenbogen anfertigen und drucken lassen. Sie sagen, was zu thun ist; das gemeinsame Anfertigen dieser Schriften vermindert die Kosten.

Ich erlaube also alle Arbeiter, welche diese wichtige Bewegung unterstützen wollen, sich von A. Vogel u. Co. zu Braunshweig das nöthige Material zu beschaffen.*

Also auf! Arbeiter, Kollegen!

Seien wir nicht träge, nehmen wir allerorts diese hochwichtige Sache in die Hand, damit die Stimmen der Arbeiter, für die es keinen anderen Weg giebt, sich hören zu lassen, in Achtung gebietende Art vernommen werden.

Auf zur Petition an den Reichstag gegen die Arbeitsbücher!

Magdeburg, im Dezember 1887.

Karl Schöck, Kl. Steinertischstr. 9.

Gerichtszettel.

Der Posener Sozialistenprozeß.

S. O. Polen, 4. Januar.

(Dritter Verhandlungstag.)

Junächst wurde der Polizei-Inspektor Slawemann, der Chef der politischen Abteilung in Posen, vernommen. Aus den Mittheilungen desselben geht hervor, daß der heutige Prozeß ursprünglich auf eine Verriitherei eines Bruders des Angeklagten Johann Konopinski zurückzuführen ist. Derselbe hatte bei dieser Gelegenheit, ohne ihn zu treffen, mit einem Revolver auf denselben geschossen und war demnach verhaftet worden. Um sich zu rächen, erzählte Roman Konopinski alsdann einem Beamten der Polizei, daß sein Bruder Beziehungen zur Sozialdemokratie unterhalte und mit

* Es kosten 100 Flugblätter 1 Mt., 1000 7 Mt., 5000 30 Mt.; 100 Petitionen mit Unterschriftenbogen, jeder für 52 Unterschriften ausreißend, 2 Mt. Es ist nöthig, mehr Flugblätter als Petitionsbogen zu entnehmen.

Pariser Sozialisten in Verbindung stehe. Annahme wurde bei Johann Konopinski hierseits eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde außer anderen Schriftstücken auch ein Brief vorgefunden, durch den Ludwig Konopinski und Johann Kofszyna ebenfalls belastet erschienen. Natürlich fanden dann auch bei diesen Hausdurchsuchungen statt, deren Ergebnisse den Verdacht, daß eine geheime Verbindung unter den polnischen Sozialisten bestehe, immer mehr verstärkten. So wurden beispielsweise zahlreiche Briefe vorgefunden, in denen von „Facets“ die Rede war und in denen die einzelnen Schreiber mit angenommenen Namen sich unterzeichneten. Außerdem ist den Angaben des Herrn Slawemann zu entnehmen, daß einige nach Paris abgesetzte Briefe, deren Adressaten dort nicht aufzufinden gewesen, als unbestellbar nach Posen zurückgekommen und in die Hände der Polizei gefallen seien. In seinen ferneren Auslassungen holt Zeuge Slawemann etwas sehr weit aus, indem er bis zur vorigen Reichstagswahl zurückgreift und die Betheiligung einzelner Angeklagten an der Agitation zu Gunsten des Kandidaten der Sozialdemokratie Janiszewski erwähnt. Bei dieser Gelegenheit behauptet der Zeuge, daß sämtliche Posener Zigarrenarbeiter Sozialdemokraten seien. Diese Behauptung sollte anscheinend nicht unwidersprochen bleiben. Einer der Angeklagten lachte nämlich laut auf, doch ließ sich nicht feststellen, welcher es gewesen. Den ferneren Aussagen des Herrn Slawemann zufolge, hätten die Angeklagten Brodzowski und Kofszyna ihm gegenüber Geständnisse gemacht. Die Betreffenden stellen dies in Abrede und wollen vom Zeugen mißverstanden worden sein. Bei dem Angeklagten Przelius wurden gelegentlich einer Hausdurchsuchung sozialistische Broschüren vorgefunden. Przelius erklärte, dieselben seien von Leuten zurückgelassen worden, die bei seiner Mutter in Schlafstelle gewesen. Besonders interessant sind die Eröffnungen des Zeugen Slawemann, soweit dieselben Karowski und Slawinski Bezug haben. Karowski wurde am 5. März v. J. verhaftet, bei seiner ersten Vernehmung sagte er aus, daß er auf einer Reise, die er nach Ausland unternommen, in Sieraniewie von dem Genbarmerieschef verhaftet worden und alsdann in der Warschauer Citadelle internirt worden sei, woselbst er mit Rühilisten zusammengelesen habe, die damals zum Tode verurtheilt waren und später hingerichtet worden seien. Nach einiger Zeit habe man ihn über die Grenze gebracht. — Slawinski ist am Abend des 7. März v. J. verhaftet worden und zwar jaht in dem Augenblicke, als er bei dem Zigarrenhändler Brojersek erschien, um die für Karowski eingetrossenen Briefe zu holen. Bei der Vernehmung fiel der Polizei ein in böhmischer Sprache auf den Namen Jettner ausgestellter Heimaltheitschein und außerdem ein Brief in russischer Sprache, ein chiffirter Brief, ein Brief in polnischer Sprache, zwei chiffirte Zettel und zwei Blätter mit Chemikalien in die Hände. Slawinski habe nach seiner Verhaftung angegeben, daß er Karowski verlassen hätte, weil er politisch kompromittirt gewesen sei. Junächst sei er nach Gens gegangen, woselbst er in der Druckerei des „Republika“ Beschäftigung gefunden habe und von Gens sei er später nach Posen gekommen. Polizei-Inspektor Böttner, welcher als Sachverständiger der polnischen Sprache vernommen wird, behauptet, daß die Briefe, welche bei einzelnen der Angeklagten vorgefunden wurden, theils von dem polnischen Sozialisten Wendelsohn, der im Jahre 1882 als Haupt

Zu stolz.

Erzählung aus dem Leben.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Ich war stolz auf sie und doch ich gestehe es jetzt, ihre Lieblichkeit machte mir bange, ich kam mir alt und häßlich neben ihr vor und wäre doch gern schon gewesen für Conrad. — Aber die Freunde des Wiedersehens gab dem kleinen Rede nicht lange Raum.

Wie Conrad dann vor uns stand, wie wir ihn in unsern Armen hielten, ein ganz Anderer als vor Jahren — da er, ein Knabe fast, von uns ging, gedrückt durch Sonne und Kälte, älter als seine Jahre, ein reifer Mann, der viel erlebt und viel gelernt hat, wie er bei uns saß und erzählte, wie seine dunkeln Augen von der einen Schwester zur andern freisten und bewundernd oft an Marietta hielten, wie sie mit ihm plauderte und scherzte, während ich das Abendbrot bereitete, — da war er mir fremd, er war nicht mehr der alte Conrad.

Und doch war er es noch: in jedem Worte klang die Kindheit wieder. So hatte er werden müssen, so ein Mann, so hatte ich ihn ja wachend und träumend gesehen! Aber ich weich nicht, was es war, — mich beschlich ein banges Gefühl: es ist doch nicht Alles wie einst! — Jetzt weich ich es.

Aber dann, als Tag um Tag verging, als Conrad sich eingewöhnte in's heimathliche Leben, als wir Schwester im Sorgen um ihn weiseferten, der Vater ihn ganz wie seinen Sohn betrachtete und dabei theilnahmepoller, früher als in den vergangenen Jahren ansah, als er mit Marietta scherzte, sie behandelte wie ein vernünftiges Kind, während er mir mit dem eingehenden Vertrauen des Bruders entgegenkam, da ward jenes bange Vorsorgefühl ruhiger und sein Schreckbild, sein Jagen hörte die ersten Wochen seines Hierseins. Alles ward anders: das düstere Aussehen des Hauses schwand, wir sahen die Nachbarn wieder mehr, man besuchte sich, man beschaute sich wieder und konnte nicht begreifen, daß man sich so lange fremd gewesen. Es

waren wohl die glücklichsten Wochen meines Lebens. Ich sah doch täglich mehr mit Entzücken, daß die Zeit Conrad uns nicht entfremdet hatte. War er auch in Vielem anders geworden, hatte er auch neue Ideen und Ansichten aufgenommen, die er in unsern engen Kreis brachte, Ideen, die wir nie gefaßt, so war dies nur ein Reiz mehr. Wir Beide, Marietta und ich, lebten auf in einer neuen Welt, unbewußt legten wir viel von unserer einseitigen Beschränktheit ab, welche die Folge unserer jetzigen Zurückgezogenheit war. Ich wurde dies erst später inne, damals nahm ich unbewußt Rache an, weil es eben von Conrad kam und weil mir Alles bei ihm liebenswerther, besser, aus seinem Munde Alles wahrer erschien, als bei Andern. Dabei war er aber doch noch der Alte, der stolze, unabhängige Conrad, der er als Knabe gewesen.

Wir fühlten noch oft die Unbeugbarkeit seines Wesens, im Großen wie im Kleinen, wenn auch das Soldatsein viel abgeschliffen, wir fühlten es doch, der Vater und ich. Nur mit Marietta war es anders, wie er ja schon als Knabe, gleich den Brüdern, anders mit ihr gewesen. Sie hatte dieselbe Herrschaft, die sie über Jedermann ausübte, auch über ihn. Ihr liebes Lächeln fand nie einen Widerpruch, und sie erlangte durch ein schmeichelndes Wort, was wir mit aller Leberredung, allen Gründen nicht erreichen konnten.

Für sie unterbrach Conrad die ernsteste, wichtigste Arbeit, denn keine Pflicht erschien wichtiger, als die ihren Wünschen nachzukommen. Ich dachte jedoch niemals daran, eifersüchtig zu werden: daß er Marietta vergaß, war natürlich; der Vater, die Bekannten, ich selbst, wir thaten es ja Alle. Sie war auch so liebenswürdig und reizend, man mußte sie gern haben. Zudem sah ich sie immer noch als ein Kind an; — ein sechsundzwanzigjähriges Mädchen war sie damals wohl, aber was man großgezogen, bleibt immer lange Kind. Ich war vom ersten Augenblick an Conrad's ersehene, sorgende Schwester, und so blieb es auch, denn mir sagte dies vollkommen zu, hätte ich doch nie extragen sein Spielzeug zu sein! Mit mir besprach er alle seine Pläne

für die Zukunft, die Verschönerungen zum Beispiel, welche er in Finstertann vornehmen wollte, gingen von mir aus; er beachtete dort zu leben, sobald das alte Nest, das in den letzten Jahren nicht freundlicher geworden, bewohnbar. Den Winter sollte er jedoch noch bei uns bleiben, erst im Frühjahr oder Sommer die eigene Wirtschaft anfangen. Er besprach dieses häufig mit mir. Mich berührte es oft sonderbar, meine Hand zitterte leise, wenn ich die Pläne des Schlosses und der Neubauten durchsah. Wollte er allein dort wohnen? Oder wenn nicht, wer würde die künftige Herrin von Finstertann sein? Wie oft hatte ich mich als solche geträumt und doch gewußt, daß es kaum denkbar. Es war eine Kluft zwischen uns Weibern, die wohl nie geschlossen werden konnte. Er sprach nie von der Zukunft, wenigstens stets nur so, als ob er nur für sich allein daran dachte; und doch — wozu alle die Erweiterungen und Verschönerungen? Für ihn allein war das Schloß doch groß genug?

Mein Vater hingegen sah unsere Verbindung als selbstverständlich an. Ich bemerkte dies aus Vielem, in seinen Augen waren wir ein verlobtes Paar. Marietta nannte sich noch wie vor die kleine Schwägerin und oft, wenn ich des Abends nach der Gewohnheit aus ihrer Kinderzeit her an ihrem Bette saß, dann plauderte sie glücklich und vergnügt von der Zukunft, wie sie sich freue mich in Finstertann zu besuchen, wie sie jeden Tag hinüberreiten wolle. Conrad habe gewiß nichts dagegen, sie wolle gewiß eine gute Schwägerin sein, er sei ja auch immer so freundlich mit ihr, er verleihe auch gar keine andere Frau, als eben nur die beste der Welt, die sei aber einzig ihre Schwester, ihre Bräutigam. — Das kleine Ding liebte mich gar sehr. — Ich verweies ihr jedesmal das thierische Zeug und doch hörte ich es gern, wenigstens mit Conrad's Worte nie aus dem Sinne gekommen waren. Ob er wohl auch noch daran dachte? Gewiß, er hatte kein schiedersches Gedächtniß als ich. Ich sann oft darüber nach, und das Einmen war mir nicht um Heil — es machte mich besorgen. (Fortsetzung folgt.)

angeklagt in einem Sozialistenprozess vor Gericht stand, theils von seiner damaligen Mitangeklagten, der Gutsbesitzerin von Zantowka, herrührten. Aus jenem Prozesse seien Schriftstücke vorhanden, welche diese beiden Personen geschrieben und die Handchrift derselben sei offenbar identisch mit derjenigen der beschlagnahmten Briefe. Unter letzteren waren mehrere mit chemischer Tinte geschrieben. Rechtsanwalt Dr. Reichelsohn weist darauf hin, daß das Gutachten des Sachverständigen durchaus unhaltbar sei. Weitere Anträge bezieht sich die Verteidigung vor. Zeuge Wättner sagt ferner aus, er habe zur Zeit der letzten Reichstagswahl einer Versammlung im Sandmann'schen Lokale beigewohnt, in welcher u. a. der Angeklagte Groszowski sich in sozialistischen Sinne gegen die Kandidatur des Reichstagsabgeordneten Rajchski geäußert habe. — Kriminal-Kommissarius Kojfchaw befand: Am 5. September 1881 wurde bei dem Angekl. Janizewski eine Hausdurchsuchung angehalten. Es wurden zwei leere Koffer mit der Bezeichnung Kachen nach Köln und Genf nach Paris, sowie außerdem einzelne Exemplare der „Freiheit“, des „Sozialdemokrat“, des „Vorwärts“, sowie eine größere Anzahl Broschüren vorgefunden. — Der Polizei-Kommissar Raethner gibt an, daß im Jahre 1882 eine große Anzahl von Exemplaren des „Przedzwoit“ auf der Woiwodschaft gefunden worden seien. Der Polizei-Kommissarius Thiele, welcher die Verhaftung des Slawinski vornahm, meint, die von ihm aufgelegte Vernehmung bei Sandmann sei von einem gewissen Kaszrajf angemeldet worden. R. M. Dr. Reichelsohn stellt jedoch fest, daß Kaszrajf damals schon in Haft sei. Derselbe ist am 5. April v. J. ausgebrochen und nicht wieder ergriffen worden. Die nunmehr folgenden Zeugen, theils Beamte der Polizei, theils Gefängnisbeamte wissen nichts besonders Wichtiges auszusagen. Die Gefängnisbeamten äußern sich über die von den Angeklagten in der Untersuchungshaft erlittenen Disziplinarstrafen, sowie über die Verurtheilung, welche die Angeklagten machten, mit einander im Gefängnis in Korrespondenz zu treten. Geradezu sensationell klingt die Mittheilung des Herrn Staatsanwalts, daß dem Gefängnisaufseher Wischewicz eines Tages auf der Straße von einem „Herrn“, der sich als „Hauptling“ der Sozialdemokraten und Delegirter der Pariser Centralleitung vorgestellt habe, 1000 Mark geboten worden seien, wenn er zur Befreiung des Slawinski seine Hand bieten würde. Der Zeuge Wischewicz versichert jedoch demgegenüber, von der Vertheilung gedrängt, der Vertreffende habe nicht von einer Centralleitung gesprochen. R. M. Dr. Reichelsohn hält das Ganze für einen faulen Witz oder für die That eines Geisteskranken, während der erste Staatsanwalt dem Vorfall eine ernste Bedeutung beimißt. Einige weitere Zeugenaussagen sind ohne jegliche Bedeutung.

Bosen, 5. Januar.

(Richter Verhandlungstag.)

Nach Eröffnung der Sitzung stellt zunächst der Erste Staatsanwalt Herr Martins einen Antrag auf Vernehmung des Gefängnisinspektors Wöfenberg. Da gestern einer der Herren Verteidiger den von dem Gefängnisaufseher Wischewicz beendeten Vernehmungsvorfall für einen faulen Witz oder für die That eines Geisteskranken erklärte, soll Inspektor Wöfenberg bezeugen, daß ein solcher Vernehmungsvorfall schon deshalb wirklich unternommen worden sein könne, weil schon im Jahre 1882 von Mendelsohn und Janizewski Fluchtversuche gemacht worden seien. Auch Kaszrajf sei anscheinend mit fremder Hilfe ausgebrochen. Der Gerichtshof beschließt, den Wöfenberg zu laden. — Richter Palaszynski, welcher unter Ausföhrung der Vernehmung gehört wird, stellt in seiner Anklage zunächst in Abrede, daß er sozialistische Versammlungen besucht habe. In Berlin hat Zeuge bei Werzowski und brachte ihm sozialistische Schriften. Als spätere Slawinski von Berlin abreiste, ging Zeuge mit zur Bahn. Werzowski und seine Frau waren auch zugegen. Letztere ersuchte ihn (den Zeugen), er solle Niemand sagen, daß Slawinski dagewesen. Dieser führte zwei Koffer mit sich; auch hatte derselbe sich vor seiner Abreise nach der Adresse von Johann Konopinski in Bosen erkundigt. Der Kriminal-Anwalt Raporra in Berlin ist dem Zeugen bekannt. Dieser hat denselben mehrmals gesehen, und zwar bei Arbeiterfesten u. s. w. Zeuge ist seiner Zeit von Berlin mit Felix Witkowski und Porankiewicz nach Bosen gefahren, um hier seine Eltern zu besuchen. Nach vier Tagen ist er mit Porankiewicz wieder zurückgefahren.

Auf Befragen des Verteidigers Dr. Platau bestätigt der Zeuge, daß bei Werzowski viele Leute in Schlafstellen zu wohnen und ihre Wirtshausmehle einzunehmen pflegen. Ferner weiß Zeuge zu bekunden, daß der Kriminal-Schupmann Raporra in Berlin auf dem Bahnhof den Felix Witkowski bei dessen Abreise nach Bosen gefaßt und ihm ein Paket „Zigaretten“ zugesetzt habe. Diese Anklage ist ihm bekenntwillig wichtig, weil Felix Witkowski bereits am ersten Verhandlungstage ausfragt, Raporra habe ihm auf dem Bahnhof in Berlin ein Paket, angeblich ein Weihnachtsgeschenk enthaltend, zugesetzt, welches bei näherer Vernehmung Exemplare des „Sozialdemokrat“ enthielt.

Zeuge wird nachträglich vereidigt. — Der Kommissar Mariewicz, ein Schwager der beiden Brüder Witkowski, wird ebenfalls unter vorläufiger Aussetzung der Vernehmung vernommen. Derselbe befundet: Felix Witkowski kam Weihnachtlich nach Bosen und hat bei mir gewohnt. Derselbe hatte ein Paket mit Druckschriften bei sich und hat später diese Druckschriften in meinem Besitz in der Pintas'schen Restauration an die dort verkehrenden Wäste vertheilt. Joseph Witkowski, welcher zur selben Zeit nach Bosen gekommen war, hat bei seiner franten Mutter gewohnt. Der Zeuge bleibt unvereidigt. Zwei weitere Zeugen, welche ebenfalls mit Witkowski verwandt sind, lehnen ihr Zeugniß ab. Ein anderer Zeuge weiß gar nichts auszusagen. — Schupmann Sommer befundet, daß am 25. Februar v. J. als er sich auf der Polizeiwache befand, ein Bruder des Angeklagten Kurowski zur Polizei gekommen sei, ein Paket sozialdemokratischer Schriften abgegeben und gesagt habe, er hätte dasselbe in der Nähe des Bahnhofes gefunden. Hippolyt Karowski, der Bruder des Angeklagten Kurowski, macht von dem Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch. — Der Rater Marcejewski sagt aus, daß der Angeklagte Kurowski bei ihm gewohnt und ihm einmal ein Paket mit der Bezeichnung, es seinem (des Kurowski) Bruder auszubehändigen, übergeben habe. — Die Frau des Eisenhändlers Jakubowicz, bei welcher Slawinski sich als Sattler Letzma eingemietet hatte, war mit ihrem Nieher, der sich sehr anständig betrug, in jeder Beziehung zufrieden. Slawinski wohnte zweimal bei ihr. Besuche hat er nie empfangen. Gepäck hatte er nicht bei sich und Briefe kamen ebenfalls keine für ihn an.

Gewerkschaftliches.

Die Weiskmetallschläger von Schwabach in Bayern haben in ihrer Versammlung, in der Meister und Gesellen gemeinsam tagten, beschloffen, vom 1. Januar ab auf einige Wochen die Arbeit einzustellen. Der Grund für diesen Streik liegt in einer in letzter Zeit eingetretenen kolossalen Vertheuerung des zur verarbeitenden Metalls, Zinn, wodurch der Verdienst der Meister auf 5-6 Mk. pro Woche, bei einer Arbeitszeit von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr, gesunken ist. Die Steigerung des Zinnpreises ist die Folge riesiger Spekulationen, welche in letzter Zeit auf dem Metallmarkt seitens sehr kapitalstarker Gesellschaften, an deren Spitze die Rothschilds stehen, stattgefunden haben. Im Verlaufe eines Vierteljahres, vom 15. September bis 15. Dezember v. Jrs., hat sich auf dem Londoner Markt der Preis für Kupfer von 40 Ufr. auf 80 1/2 Ufr. pro Ton gehoben; ebenso steigerte sich der Preis für Blei von 11 Ufr. auf 15,10 Ufr., für Zinn von 103 Ufr. auf 166 Ufr., für Kobalt von 15 auf 20 Ufr. pro Ton. Die Rothschilds und Genossen haben Willkür bei dieser Preistreiberi verdient, die armen Metallschläger aber, deren Verdienst im günstigsten Falle kaum hinreicht, um ihren Hunger zu stillen, müssen jetzt streiken, um sich wenigstens dieses Hungerminimum zu sichern. Sollten diese Kapitalisten-Koalitionen nicht mindestens ebenso gefährlich sein wie die Arbeitervereine und wäre deren Auflösung und Bestrafung nicht auch am Plage?

Vermischtes.

* Der letzte päpstliche Polizeiminister. Unbemerkt und unbedacht, vergessen von den Römern und der jungen Generation, ist am 22. Dezember im Rom ein Mann gestorben, vor dem einst die ewige Stadt und die päpstlichen Lande stützten. Der furchtbare Chef der furchtbarsten Polizei, der jemals im Dienste der Politik gestanden, der Kardinal Monsignore Lorenzo Randi, Randi, der bis zum Ende seiner Tage in Rom lebte, konnte als sprechendes Exempel der italienischen Großmuth und Verhältnidlichkeit gelten, die selbst den blutigsten Feinden der nationalen Sache nach dem Siege derselben verzieh und ihr Sündenregister vergab. Die „Thätigkeit“ Monsignore Randis umfaßte 5 Jahre und gerade die am meisten kritischen, die der Befreiung Roms vorhergingen, 1865-1870. In dieser Zeit ließ der Edle kein Mittel unversucht, um den Typus eines Metrenich im Kleinen zu erreichen. In der Theater-Zensur unerbittlich und lächerlich (sein Biograph gelegentlich der Aufföhrung der von ihm verbalhornten Lucrezia Borgia machte ihn bekannt), hielt er sich in allen streng politischen Fragen an das Vorbild der spanischen Inquisition. Ein Beispiel von Randis Verzicht ist folgende Episode, die sich an die schon erwähnte Aufföhrung der Lucrezia Borgia anknüpft. Ein Sönger, dessen Rolle hauptsächlich von dem kurzen Polizei-Monsignore modifizirt worden war, wagte es, unter dem fäurmissigen Beifall des Publikums den übrigen harmlos. Jetzt des verpönten Originals zu singen, weshalb die Polizei den armen Tenor zu 15 Tagen Gefängniß und 50 Stadi Strafe verurtheilte. Der Bankier Marinotti nun, der heutigen Tages Senator des Königreichs ist, bot dem armen Sönger die 50 Stadi an und wurde, als Monsignore Randi dies erfah, augenblicklich und „auf Lebenszeit“ aus Rom und dem Kirchenstaate ausgewiesen. Die Verfolgung der Liberalen betrieß der Polizeiminister natür-

lich mit weit mehr Eifer, als die der Mörder, Diebe u. deren Zahl damals im Rom Region war, und die Feind mit der Regierung auf mehr oder weniger vertrautem Fuße standen. In einem einzigen Monat konnten damals in der Stadt Rom allein nicht weniger als 116 Fälle von Raub und Mord registriert werden; Diebe und Banditen hatten freie Hand, während die famosen päpstlichen „Sbirren“, deren Ursprung oft genug an irgend einen Bagno oder eine Künberhöhe juridreichte, fortwährend auf der Jagd nach Liberalen waren. Nach dem Abzug der Franzosen legte Randi dem Papste einen Plan vor, um die öffentliche Ruhe in Rom aufrecht zu erhalten. Nach diesem Plan des würdigen Prälaten sollten auf einen Schlag 1500 Verdächtige verhaftet werden; und als Pius IX. den Zweifeln auferte, ob in den Gefängnissen Roms noch für neue 1500 Gefangene Raum sei, erwirkte Randi mit zäpfer Kälte — und diese Antwort charakterisirt den Mann mehr als alles Andere — „Gure Heiligkeit möge bedenken, daß es in Rom noch viele leere — Gräber gibt.“ Die wirkfamste Periode der Randi'schen Antihätigkeit fiel in das Jahr 1867, als die Schaaeren Garibaldis auf Rom juridrehten. Monsignore Randi ließ damals auf der Piazza del Popolo und auf der Piazza Colonna Artillerie aufbauen, um den Korso bestreuen und gegebenen Falles augenblicklich von „Rebellen“ säubern zu können. Monsignore Randi war ferner die Seele der päpstlichen Spionage einer, der Spionierederei andererseits. Alle in Rom ankommenden Personen in Priestergewand wurden in Montecitorio — dort war das Hauptquartier des Polizeiministers — peinlichst untersucht, da man sonderbarer Weise glaubte, daß geistliche Gemwand sei zum Handwerk des Spions ganz besonders geeignet. Eine der schönsten Thaten des kleinen Torquemada aber, geschah gelegentlich der Vererdigung eines bekannten Liberalen und Künstlers, Cesare Tracassini. Der Polizeiminister wollte das öffentliche Geleite durch die Freunde und Anhänger des Toten erst kategorisch verboten wissen, bis der Papst selbst endlich unwillig zu Randi sagte: „Hören Sie endlich damit auf, das Volk zu quälen und zu provozieren! Eine Vererdigung hat nichts mit der Politik zu thun.“ Trotzdem folgte dem Sarge des Toten auf den Befehl des über-eifrigen Monsignore ein ganzes Heer von Genarmen und Polizisten. (Gegenwärtig hat man in jüdischen Ländern selbst keine Schen, ein öffentliches Geleite zu verbieten.) Randi lebte nach dem verhängnißvollen 20. September 1870, der seiner Herrlichkeit für immer ein Ende machte, als Kardinal von seinen „Griparrissen“, die eine enorme Höhe erreichten. Der größte Schmerz für Monsignore Lorenzo Randi war es, daß die einstige Stätte seiner Thätigkeit, der Palazzo Montecitorio, seiner Zeit das Heim des italienischen Parlaments werden sollte, das sich alle Mühe gegeben hat, jede Erinnerung an die unwürdige Vergangenheit zu tilgen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 8. Januar. In der letzten Sitzung des Gemeinderaths wurde, wie wir bereits berichteten, die Ein-föhrung der neuen Wahlen vorgeschlagen und deren Vererdigung durch Handschlag seitens des Herrn Gemeindevorsteher vorgenommen. Bei der darauf vorgenommenen Wahl eines Gemeindevorstehers wurde Herr Wesch einstimmig wiedergewählt. Als erster Beigeordneter wurde Herr Carl Schulz wiedergewählt. Herr Wesch sprach sich dahin aus, daß er geneigt wäre, die Wahl anzunehmen, wenn ihm von Seiten des Gemeinderaths die Garantie gegeben würde, daß das unzulässige Beträthigen, wie es seit einiger Zeit zwischen dem Großherzog, Amt Frey und dem Gemeindevorstand in Bant obwaltet, in Zukunft einem angemesseneren Betreter Platz mache. In der Diskussion über diesen Punkt wurde von Seiten eines Mitgliedes mit Recht betont, daß man sich bei fortgesetzter unwürdiger Behandlung seitens des Amtes an eine höhere Instanz beschwerdend wenden müße, um das Selbstverwaltungsgeschäft energisch zu wahren. Der Gemeindevorstand beschloß die Einsetzung einer Deputation an das Amt Frey, um die demselben vorliegende zu werden und die Gründe zu erforschen, welche zu der eigenthümlichen Stellung des Amtes gegenüber der Gemeinvererdigung resp. dem Gemeindevorstand Veranlassung geben. Es wurden die Herren Liedtke, Latsan und Kesse dazu beauftragt. Als Armenräthe wurden gewählt: Müller für Neubretzen, Damm für Habelst, Tischler für Schöps, Freundenthal für Neubremen, Kanten für Bantersdorf. In den Armenrat wählte man die Herren Dug, Liedtke und Damm. Die Wahl der Mitglieder zum Amtsrath wurde die zur nächsten Sitzung verschoben.

Bant, 8. Januar. Die Freitagvorstellung von Wilhelm's Automatenbeater sollte den Saal der „Aische“ bis auf den letzten Platz. Das Ritterkauptbild „Grienerova“ hatte schon bei seiner ersten Aufföhrung die Groß und Klein angezogenen Beifall gefunden, und erlang auch diesmal einen durchschlagenden Erfolg. Die beiden Sonntagvorstellungen fanden ebenfalls in zahlreichem Zutritt, daß das Theater überfüllt war, und in des Hortes selbst Bedeutung hat. Am Spiel vor Erde fallen konnte. Die nächste Vorstellung findet am Dienstag Abend 8 Uhr statt. Zur Aufföhrung kommt unter Anderem: „Schneewittchen“, Märchen. Erwähnen wollen wir noch, daß Herr Wilhelm die Kinder des Armenhauses zu der Sonntag-Nachmittagvorstellung freien Zutritt gestattet hat, von welchem lebenswichtigen Entgegenkommen auch Gedacht gemacht wurde.

Bant, 8. Januar. Wir theilen auf verschiedene Anfragen mit, daß der „Neue Weltkalendar“ für 1888 vollständig vergriffen ist, eine Neu-Ausgabe sehr schön und sehr nicht mehr anständig ist, weshalb auch die Verlagshandlung die den Kalender empfehlenden Inserate juridrehten hat. Wenn der Neue Weltkalendar trogdem noch hier und da empfohlen wird, so mögen bei den betreffenden Interessenten wohl noch Exemplare vorräthig sein. Wie sich nicht in der Lage, bestellen zu beschaffen. Die Expedition.

Bant, 8. Januar. Der Gesangsverein „Koblinn“ wird sein diesjähriges „Warenfest“ am Freitag, den 3. Februar,

in der Kirche abhalten. Für nützlich Unterhaltung dürfte der rege Auser der Mitglieder im vollkommenen Maße sorgen.

Bant, 8. Januar. Wir machen die Interessenten auf die im Jahresende erscheinenden Bekanntmachungen, betreffend die Aufnahme zur Stammrolle, sowie die Eintragung der Mitglieder zur Wahl von Schulungsmitgliedern der Schulungsgesellschaft aufmerksam.

Bant, 8. Januar. Die Monatsversammlung des Bürgervereins Bant findet am Donnerstag, den 12. d., statt. Auf der Tagesordnung steht: Erhebung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, Wahl des gesammten Vorstandes, Berichterstattung über das Stiftungsfest und Verschickens.

Wilhelmshaven, 8. Januar. Die „Gemeinnützig“ berichtet: „Wilhelmshaven, 8. Januar. Die in Nr. 1 des „Gemeinnützig“ geschickte Nachricht, laut welcher sich hier ein Marineoffizier etablieren haben soll, ist vollständig aus der Luft gegriffen und eine Fälschung von bismarckianer „gebrachte“ Notiz, betreffend das Verhalten eines Offiziers ist dem tenzenzisch entlehnt, daß ein gewisses Mitglied die Folge sein dürfte. — Wie wir hören, wird der Verkauf des „Gemeinnützig“ vor dem Versteig nicht mehr wieder.

So viel wir wissen, hat der „Gemeinnützig“ die betr. Notizen aus dem N. S. übernommen. Wir können aber der „Jahreszeitung“ die Versicherung geben, daß die, wahrhaftig von „Versteiger“ selbst verfasste Korrespondenz ebenfalls „tenzenzisch entlehnt“ ist. Ob sich der besagte Offizier etablieren hat, konnten wir bei der verwichenen Zeit und Stelle, mit der man in militärischen Kreisen derartige Bestimmungen behandelt noch nicht abschließend feststellen, wir brachten die Nachricht daher auch in unbestimmter Fassung; für die richtige Darstellung des Vorganges im Fort wird der „Gemeinnützig“ bei einer event. Klage wohl den Beweis der Wahrheit erbringen können. Der Verkauf des „Gemeinnützig“ vor der West ist nicht verboten.

Bekanntmachung.
Es werden hierdurch alle im hiesigen Aushebungsbezirk sich aufhaltende, im Jahre 1868 geborene Militärfähige und diejenigen Militärfähigen früherer Jahrgänge, welche noch keine definitive Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben, aufgefordert, sich in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar d. J. bei dem Gemeindevorsteher (Stadtmagistrat) ihres Wohnortes zur Stammrolle anzumelden. Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort selbst erfolgt. Bei Wiederholung der Anmeldung ist der im ersten Militärfähigjahr erhaltene Leistungschein vorzulegen.

Sind Militärfähige zeitig abwesend, so haben ihre Eltern, Vormünder, Väter, Erben, oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Jever, 2. Januar 1888.
Der Civilvorsteher des Erfah-Commission des Aushebungsbezirks Jever
Hayessen.

Schulsache.
Die zum Zweck der Renovation zum Schulausschuß aufgestellte Liste der Stimmberechtigten liegt vom 9. bis 16. d. M. im Hause des Juraten Latann zur Einsicht aus. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste sind innerhalb dieser Frist beim Schulvorstande zu erheben.

Jever, den 2. Januar 1888.
Der Schulvorstand zu Neubremen.
Hayessen.

Empfehle:
Arbeiter-Notiz-Kalender
à 50 Pfg.
Ein Blick in die „Neue Welt“
von W. Liebknecht.
Elegant gebunden 3 Mark.
Die „Neue Zeit“ 1887.
Elegant gebunden 8 Mk.

Internationale Bibliothek:
I. Die Darwin'sche Theorie, elegant gebunden 2 Mk.
II. Marx's Ökonomische Lehren, elegant gebunden 2 Mk.
III. Köhler, Welterschöpfung und Weltuntergang, elegant gebunden 2 Mk. 50 Pfg.
IV. Die Ländliche Arbeiterfrage, elegant gebunden 1 Mk. 50 Pfg.
V. Thomas More und seine Utopien, elegant gebunden 2 Mk. 50 Pfg.
Die Expedition des Norddeutschen Volksblattes.

S. Kähn.
Lager fertiger
Särge
und Leichenbekleidungs-Gegenstände empfiehlt billigst
E. Thumann.

was uns im Uebrigen als vollständig unentwertete Maßregel und ohne jede Berücksichtigung erschienen wäre. Die „Jahreszeitung“ hat also wieder einmal gestimmt; jedenfalls ist bei Abfassung der „Korrespondenz“ der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

Wilhelmshaven, 8. Januar. Aus den Vereinen. Der „Kriegs-Verein“ „Kriegs“ gefestigt am Montag, den 6. Februar, in „Burg Hohenstein“ einen Maskenball abzuhalten. Der „Schützenverein“ wird zwei derartige Festgebungen veranstalten, und zwar in „Burg Hohenstein“ am Dienstag, den 14. Februar, im Schützenhaus in Bant Anfang Februar. Der in Bant veranstaltete Ball soll weniger dem Vergnügen der Mitglieder, als vielmehr der Kasse des Vereins zu Gute veranlaßt werden. „Kriegs“ und „Harmonie“ planen die Veranstaltung der üblichen Vereinsausflüge ebenfalls für den Monat Februar.

Oldenburg, 7. Jan. Im Landtag fand unter anderem die Beratung des Berichtes des Eisenbahnausschusses, betreffend Bau und Betriebsübernahme der projektirten Bahn Jever-Carolinental, auf der Tagesordnung. Der Bericht, erstattet von H. J. Jever begründet die Ansicht des Ausschusses, daß es für den Staat von Vortheil wäre, wenn er die Bahn übernehmen würde. Die Darlegung der notwendigen Kapitale durch ein Bankhaus erscheint nicht vortheilhaft. Staatsminister Jentzen bemerkt: Die Frage, ob es im allgemeinen Interesse liegt, auf Staatskosten zu bauen, sei nochmals eingehender Ermäßigung von Seiten der Regierung unterzogen worden, und das Ergebnis sei gewesen, daß die früheren Bedenken unverändert fortbestehen. Die Schwankungen der Einnahmen aus den Staatsbahnen, bedingt durch die Einrichtung neuer Linien, hätten keineswegs eine Erhöhung der Einkommenskurve notwendig gemacht. Die Staatsregierung könne nicht durch ein Eingehen auf den Antrag ein starkes Element der Unsicherheit in das Budget einbringen und lege sich daher genöthigt von einer Förderung der Projectes auf Grundtage

des Antrages Abstand zu nehmen. Die Abg. Thorade und Jürgens sprechen ihr Bedauern über die Stellung der Regierung gegenüber der Anfrage aus und treten für denselben ein. Auf Antrag des Abg. Jover wird beschließen, den Gegenstand von der Tagesordnung abzulassen und im Auslaß noch einmal eine genaue Prüfung des ganzen Berichtes vorzunehmen.

Briefkasten.
N. Kuganisch. Die im Osnabrücker Stahlwerks-Praxis Berichterstattung hat: Ingenieur Schaber (6 Monat), Ingenieur Partel (5 Monat Kuganisch).

Vereins-Kalender.
Bauhütte, Juchören der Maurer. Dienstag, den 10. Januar. Abends 7 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Juch (Zur Arche), Belfort.
Juchverein der Bauarbeiter. Mittwoch, 11. Januar, Abends 7 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Juch (Zur Arche), Belfort.

Marktpreise
vom Wochenmarkt Bant.
Kartoffeln 25 Liter 80 Pfg. — Weizen 5 Liter 25 Pfg. — Roggen 5 Liter 25 Pfg. — Butter pro Pfd. 1 Mk. — Eier pro Duzend 1 Mk. 30 Pfg. — Schweinefleisch pro Pfd. 45 Pfg. — Rindfleisch pro Pfd. 45-50 Pfg. — Schmalz à Stück 1 Mk. 20 Pfg. — Olen à Stück 1 Mk. 50 Pfg. bis 3 Mk.

Kochwasser.
Bant-Wilhelmshaven.
Mittwoch, 11. Januar. Vorm. 10,37 Uhr. Nachm. 11,29 Uhr. Donnerstag, 12. 11,39 12

Anzeigen.

Kranken- Begräbniskasse der Maurer u. Steinhauer Wilhelmshaven.

Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 4 Uhr:
Generalversammlung
in Böttcher's Saal, Dörfriesenstraße.
Tagesordnung:
1) Mittheilung des Beschlusses des Kreisaußschusses betr. Aenderung des § 44 Abs. 5 der Statuten und Beschlußfassung darüber. 2) Neuwahl des Vorstandes. 3) Wahl des Rechnungsausschusses. 4) Verschiedenes.
Der Vorstand.

Prima weiße Kartoffeln
à Scheffel 75 Pfg., Centner Mk. 2.50, empfiehlt
F. Jordan, Belfort.

Wir empfehlen unser sehr feines
Lagerbier
in Flaschen 1/2 Ltr. Inhalt 33 St. für Mk. 3,00,
in Gebinden von 10 Ltr. Inhalt an à Ltr. Mk. 0,20
frei ins Haus.
Wiederverkäufern gewähren entsprechenden Rabatt.
St. Johanni-Brauerei.
Contor Alte Straße 4.

Verkaufe von jetzt ab den noch vorhandenen Lager-Vorrath
in
Damen-, Herren- und Knaben- Winter-Paletots
zu jedem nur annehmbaren Preise.
N. J. Pels,
Bismarckstrasse 18.

Kopperhörn.
Eröffnet in Kopperhörn ein
Colonial- und Fettwaaren-Geschäft
verbunden mit
Tabak- und Cigarren-Handlung.
Billige Preise und reelle Waaren führend, empfehle ich mich dem geehrten Publikum aufs Beste.
Kopperhörn, den 3. Januar 1888.
Joh. Aschoff.

B. Bümmerstede,
Schuhmacher,
Wilhelmshaven, Börsenstrasse 10,
empfiehlt sich zur Anfertigung aller Schuhmacherarbeiten.
Reparaturen prompt u. billig.

Fass- und Flaschenbier
aus der Dampfbrauerei von Th. Jettlöter in Jever.
33 Flaschen feines Tafelbier zu Mk. 3,00,
27 „ „ dunkles Bier „ 3,00.
Wiederverkäufern hoher Rabatt.
J. Fangmann,
Bismarckstr. 59, 1 Tr.

Prima weiße
Kartoffeln
à Scheffel 75 Pfg., empfiehlt
F. Laue,
Belfort, am Goldberga.
Mein compl. Sarglager

sowie alle Arten Leichenkleider empfehle nebst sonstiger selbstverfertigter Tischlerwaaren, als Särden, Beistellen a. s. w. billigst
J. Wehen, Seban.

Carl Marr, Ferd. Vassalle
Aug. Greib,
Portraits in Kreidzeichnung der obigen verdienten Kämpfer für die Arbeiteremancipation werden in naturgetreuer Ausführung angefertigt.
Größe: 50-70 cm. Preis: 2 Mk.
Skizze 0,50 Mk.
Bestellungen werden in der Exped. d. Volksbl. entgegengenommen.

Verband deutscher Zimmerer.
(Verband Wilhelmshaven.)
Freitag, 13. Januar, Abends 8 Uhr:
Versammlung
im Saale des Hrn. Ruper.
Tagesordnung:
1) Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2) Rechnungsablage.
3) Verschiedenes.

Bürgerverein Bant.
Donnerstag, 12. Jan., Abends 8 Uhr:
Monatsversammlung
im Vereinslokale.
Tagesordnung:
1) Erhebung der Beiträge.
2) Aufnahme neuer Mitglieder.
3) Wahl des gesammten Vorstandes.
4) Besprechung über das Stiftungsfest.
5) Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Wilhelm's
Automaten-Theater
in Belfort im Saale Zur Arche.
Deute Dienstag, den 10. Januar:
Große Vorstellung.
Zur Aufführung kommt:
Schneewittchen,
Märchen.
Hierauf: **Großes Ballet und Metamorphosen.** (Römisches Theater der Verwandlungen)
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Kinder unter 5 Jahren haben freien Zutritt.
Hochachtungsvoll **Wilhelm.**
Verantwortlich für Redaktion und Verlag
S. Kähn in Bant.
Druck von A. Boge & Co. in Braunschweig.